

info

Studenten
beratung

Nr. 6

Bremen, im Juni 1978

INHALT

Editorial	Seite	2
Protokoll der Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 2. bis 4. März 1978 in München		
Plenarsitzungen	Seite	3
Arbeitsgruppe 1: Studentische Selbsthilfe	Seite	7
Arbeitsgruppe 2: Studieneingangsberatung	Seite	14
Arbeitsgruppe 3: Prävention im sozialen Umfeld	Seite	29
Betr.: Nächste Tagung der Arbeitsgemeinschaft in Marburg (siehe auch Editorial)	Seite	31
NACHRICHTEN		
Alternativvorschlag der nordrhein-westfälischen Studentenberater zum Landeshochschulgesetz	Seite	32
Heißes Thema: Sozialberater	Seite	37
VERÖFFENTLICHUNGEN		
Veröffentlichung des DSW zum Thema psychotherapeutische Beratungsstellen	Seite	38
Sonderinfo "Aus- und Fortbildung von Studienberatern"	Seite	38
Zum beiliegenden Fragebogen der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie	Seite	39

REDAKTIONSSCHLUSS INFO 7

Alle Papiere, Nachrichten, Berichte und Artikel die im Info 7 veröffentlicht werden sollen, müssen bis zum 14.8.78 spätestens in der Redaktion eingegangen sein.

Herausgegeben vom Zentralen Büro für Studienberatung (ZBS) der Fachschaften der Freien Universität Berlin und der Psychologisch-Pädagogischen Beratungsstelle (P) des Sozialwerks für die Mitglieder der Fachschaften der Freien Universität Berlin in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik und Berlin (West)

Redaktionsanschrift: Universität Bremen - Zentraler Dienst für Studienberatung - Postfach 331 445 2800 Bremen 22

Redaktion: Christina Palm, Gerhard Zechmann

EDITORIAL

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in diesem Info findet ihr in der Hauptsache die Protokolle der Tagung in München. Um das Material auch für eure tägliche Arbeit so brauchbar wie möglich zu machen, haben wir in größerem Umfang beispielhafte Arbeitsmaterialien zu den einzelnen Themenkomplexen abgedruckt.

Wie wir inzwischen erfahren haben, liegt unsere für den 28. bis 30. September geplante nächste Fachtagung in Marburg kurz vor einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Hochschuldidaktik zum Thema Studienberatung in Frankfurt. Da viele unserer Mitglieder auch in der AHD mitarbeiten, bemühen wir uns zur Zeit um eine Lösung, die folgendermaßen aussehen könnte:

- inhaltliche Abstimmung zwischen den beiden Tagungen, um Überschneidungen zu vermeiden und dafür komplementär zu arbeiten;
 - unmittelbarer zeitlicher Bezug der Tagungen, was bedeuten würde, die Tagung unserer Arbeitsgemeinschaft auf Sonntag, den 8. Oktober bis Dienstag, den 10. Oktober zu legen, da die AHD ihre Tagung bereits fest terminiert hat (6./7.10.).
- Bitte schreibt uns, wenn ihr andere Vorschläge habt oder diese angestrebte Regelung nicht für sinnvoll haltet. Überhaupt wären wir für eine Intensivierung des Kontaktes und mehr Reaktionen dankbar.

Die Info-Redaktion

Protokoll der Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 2. bis 4. März 1978 in München

Protokoll der Plenarsitzungen

Nach Eröffnung und gegenseitiger Vorstellung wird die weitere Tagesordnung für die Plenarsitzungen am 2. und 4. März wie folgt festgelegt:

1. Berichte
2. Teilnahme der Sozialberater der Studentenwerke (dazu am 3.3. nachmittags Sondersitzung)
3. Institutionalisierung der Arbeitsgemeinschaft (am 4. März fortgesetzt)
4. Arbeitsgruppen (Gruppensitzungen am 3., Plenarberichte am 4.3.)
5. Zeitpunkt, Ort und Themata der nächsten Fachtagung (am 4.3.)
6. Verschiedenes (Tagesordnungspunkt wurde nicht in Anspruch genommen)

Zu 1.: Berichte

Zacharias (Bremen) berichtet über die WRK-Fortbildungstagung in Saarbrücken. Es wird das Angebot gemacht, bei Bedarf die Protokolle aus Saarbrücken über Bremen zu beziehen. Im übrigen wird die Meinung geäußert, daß die Arbeitsgemeinschaft in die Vorbereitung der WRK-Tagungen mit einbezogen werden sollte, um das Spektrum der Beratungsstellen repräsentativer zu vertreten.

Rietbrock (Bochum) teilt mit, daß bei einer Tagung der Studienberater aus Nordrhein-Westfalen eine Stellungnahme zum Entwurf eines Landeshochschulgesetzes NRW erarbeitet wurde.

(vgl. Info 4 und 5)

Reitzner (Tübingen) berichtet über die Regelung der Schweigepflicht im Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg. Anschließend wird angeregt, bei einer der nächsten Tagungen ein Thema Schweigepflicht und die damit verbundenen Probleme für die Arbeit der Studentenberater aufzunehmen.

Aus einer Reihe von Studienberatungsstellen werden freie oder demnächst freiwerdende Stellen und geplante Erweiterungen gemeldet.

Ferner ergibt sich, daß in verschiedenen Studienberatungsstellen Evaluationsprobleme der Studienberatung behandelt werden; auch dieser Themenkomplex wird für eine der nächsten Tagungen vorgeschlagen.

Zu 2.: Teilnahme der Sozialberater der Studentenwerke an der Münchner Tagung

Die Organisatoren der Tagung hatten eine vom Deutschen Studentenwerk (DSW) in Bonn (das eine Einladung erhalten hatte) und der Sozialberatungsstelle des Studentenwerks München (Mitveranstalter) ausgehende Anmeldung der Sozialberater zu bestimmten Tagesordnungspunkten akzeptiert. Die Sozialberater hielten zur gleichen Zeit eine Tagung in München ab. Die Teilnahme der Sozialberater an der Tagung der Arbeitsgemeinschaft stieß auf Widerspruch, da Funktion und Person dieser Sozialberater unbekannt waren; außerdem ergaben sich aus dem Terminablauf der Tagungen organisatorische Schwierigkeiten. Auf Antrag von Fuhrmann (Heidelberg) wurde mit großer Mehrheit folgende Protokollnotiz verabschiedet: "Die bisherige Praxis, Veränderungen des Teilnehmerkreises auf der vorhergehenden Tagung zu besprechen oder zwischen den Tagungen mit den erreichbaren Mitgliedern abzustimmen, soll beibehalten werden." Anschließend wurde mit den in einem Nebenraum tagenden Sozialberatern durch Weigmann (Bochum), Palm (Bremen) und Zacharias (Bremen) diskutiert, wie die von der Mehrheit der versammelten Studentenberater gewünschte Vorstellung der Funktion und Aufgaben der Sozialberater erfolgen könnte. Dies entsprach auch dem im Einladungsschreiben des DSW an die Sozialberater geäußerten Wunsch "dieser neuen Institution zu ein wenig mehr Bekanntheit zu verhelfen". Auf einer dann vereinbarten Plenarsitzung am nächsten Tag konnten die strittigen Fragen nur zum Teil geklärt werden. Herr Stoyke (DSW) und die anwesenden Sozialberater gaben dabei unterschiedliche Darstellungen hinsichtlich der geplanten Aufgabengebiete dieser Institution. Während Herr Stoyke den Sozialberater in erster Linie als eine alle bisherigen Beratungsfunktionen koordinierende und integrierende Person sieht,

die im Vorfeld der Psychotherapie und Studienfachberatung tätig ist, wird von Herrn Gutmann (Studentenwerk Berlin) die Position eingenommen, daß es sich um eine Person handelt, die das Leistungsangebot der Studenten- bzw. Sozialwerke für den Studierenden transparent machen soll und insofern eine gewisse Anlaufstelle bildet.

Die Kritik der Studentenberater richtet sich vor allem gegen die unkoordinierte Errichtung weiterer Beratungsstellen mit präsumptiver Allzuständigkeit (dies wurde freilich bestritten) und gegen einige die Tätigkeit der Studentenberater falsch darstellende Formulierungen in einem früheren Memorandum zur Gründung der Sozialberatung.

Eine abschließende Klärung der Problematik der "Sozialberatung" unterblieb im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit. Auf beiden Seiten wurde der Wunsch geäußert, das Gespräch fortzusetzen.

Zu 3.: Institutionalisierung

Hierzu lag ein im Auftrag der vorherigen Tagung in Tübingen von Zacharias (Bremen) und Grothen (Hagen) vorbereiteter Satzungsentwurf sowie ein Einschätzungspapier von Zacharias (Bremen) vor. Die Diskussion ergab, daß die Mehrheit der Versammelten eine Organisationsform, die über einen losen Zusammenschluß hinausgeht und zu einer Qualifikation als nichtrechtsfähiger oder rechtsfähiger, eingetragener Verein führt, skeptisch gegenübersteht. Hauptgesichtspunkte bei der Diskussion waren einerseits die Zweckmäßigkeit einer festeren Organisation, andererseits unterschiedliche Auffassungen über das Selbstverständnis der Studentenberater und die Befürchtung, hier könne ein unerwünschter Apparat mit der Tendenz zur Verfestigung und Verselbständigung entstehen. Da auch ein im Auftrag der Versammlung von Neumann (Bielefeld) und Zacharias (Bremen) gefertigter reduzierter Entwurf einer 'Geschäftsordnung' dieselbe Einschätzung erfuhr, wurde durch Abstimmung festgestellt, daß eine weitere Institutionalisierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht gewünscht wird. Es wurde eine Sprechergruppe bestehend aus der Redaktion des Info's und einem Vertreter der die nächste Tagung ausrichtenden Beratungsstelle benannt. Es sind dies Christiane Palm (Psychologisch-therapeutische Beratungsstelle des Sozialwerks für die Mitglieder der

Hochschulen der Freien Hansestadt Bremen), Gerhard Zacharias (Zentrales Büro für Studienberatung der Hochschulen der Freien Hansestadt Bremen) und Karl-Heinz Otte (Studienorientierungsprojekt Universität Marburg)

Im Laufe der Debatte boten die Bielefelder Studienberater an, unter bestimmten Bedingungen die Herstellung des Info's zu übernehmen, wenn dies in Bremen nicht mehr möglich sein sollte. Dabei wurde von ihnen auch angeregt und als Aufgabe akzeptiert, themenzentrierte Ausgaben zu grundlegenden Beratungsproblemen als Sondernummer herauszubringen.

Zu 4.: Arbeitsgruppen

Es konnten alle Arbeitsgruppen stattfinden; der zunächst vorgesehene Austausch von Teilnehmern der Arbeitsgruppen unterblieb aus Zeitgründen; dafür wurden im Plenum Kurzberichte vorgelesen, die im Protokoll erscheinen.

Zu 5.: Zeitpunkt, Ort und Themata der nächsten Tagung

Die nächste Fachtagung soll vom 28. bis 30. September 1978 in Marburg stattfinden, für die übernächste Fachtagung kündigten die Berliner Studienberater eine Einladung an.

Bei der Festlegung der Themata für die nächste Tagung wurden neben den im Info Nr. 4 Seite 3/4 genannten noch eine Reihe weiterer Themata genannt und eingehend diskutiert.

Über folgende Themenvorschläge wurde diskutiert:

- Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren
- Psychotherapie mit Studenten in Gruppen
- Institutionenberatung im prophylaktischen Sinn
- Entscheidungshilfen für Abiturienten - Beratungstechniken bei Apathie und Protest
- Einheitliches Statistik- und Erhebungssystem der Studentenberatungsstellen einschl. Evaluationsmethoden
- Stellung der psychologisch-psychotherapeutischen Beratung in der Studentenberatung
- Orientierungsphasen
- Literatur zu Lernprogrammen

- Diagnostikmethoden
- Auswirkungen der Hochschulgesetzgebung auf die Studentenberatung
- Berufs- und Studienwahl

In der anschließenden Abstimmung wurden die ersten drei Themen für die nächste Tagung in Marburg mehrheitlich festgelegt.

P R O T O K O L L

Arbeitsgruppe 1: Studentische Selbsthilfe

Was Selbsthilfe als therapeutisches Prinzip leisten kann, wie geplante Selbsthilfe zu initiieren ist und wie sie funktionieren kann - welche Erfahrungen es damit bisher gibt und wo die Anwendungsmöglichkeiten liegen - darüber wollten die Teilnehmer gemeinsam arbeiten.

Welche Anfangsprobleme eine Selbsthilfegruppe hat, konnten die Teilnehmer dann gleich am eigenen Leibe erfahren: denn was war die AG anderes als eine Selbsthilfegruppe: ein Zusammentreffen von mehreren Menschen mit einem bestimmten gemeinsamen Interesse ohne spezifische Kenntnisse. Bewußt übernahmen die Moderatoren in einer Anfangsphase keine Führungsrollen und vermittelten der Gruppe die Erfahrung der eigenen Orientierungssuche. Fast wie vorgeplant erschien ein Teilnehmer verspätet, der von sich sagte, er habe schon einige Erfahrung mit Selbsthilfegruppen und damit erleichtert von der Gruppe als Experte befragt wurde.

Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Einschnitt gemacht und die Aufmerksamkeit auf die eigene Situation einer Gruppe ohne Leiter im Sinne einer Selbsthilfegruppe gerichtet und diese Erfahrung verbalisiert und reflektiert.

Andere Fragen, die dabei auftauchen:

- 1) - wie kann ich als Berater eigentlich "Selbsthilfe" initiieren - ist das nicht ein Widerspruch in sich?
- 2) - welche Motive bringen mich als professionellen Berater dazu, Selbsthilfe anzustreben? ist es nur der Mangel an Fachleuten oder sind es auch inhaltliche Aspekte?

- 3) - wie kann eine Gruppe zu kontinuierlicher Arbeit kommen, wenn nicht ein "Leiter" sie bei der Stange hält?
- 4) - wieviel Anfangsunterstützung braucht eine Gruppe, um zu kontinuierlicher Arbeit zu kommen?

Zwei Vorgehensschritte haben dann die Arbeit in der AG 1 bestimmt:

- 1) am Beispiel einer Betreuung von Studienanfängern werden Möglichkeiten einer Hinführung auf Selbsthilfestrategien erörtert
- 2) es werden Beispiele für sinnvolle Selbsthilfeinitiativen dargestellt und weitergeplant.

Wir veröffentlichen hier zwei Papiere, die als Fortsetzung der Diskussion zu sehen sind und über die theoretische Erörterung der Selbsthilfefrage hinaus gegangen sind; sie beleuchten anschaulich Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Selbsthilfe im therapeutischen Bereich der Studentenberatung.

S O Z I A L W E R K , Bremen
Psychologisch-therapeutische
Beratungsstelle (PTB)

B E T R I F F T : S E L B S T H I L F E G R U P P E N

Wir werden als Mitarbeiter der PTB ständig mit den vielfältigen Problemen von Studenten konfrontiert. Viele glauben fälschlicherweise, sie seien die einzigen, die Schwierigkeiten haben. Wir meinen, daß es wichtig ist, solidarisch über diese Probleme zu diskutieren und sich gegenseitig zu unterstützen, anstatt den anderen etwas vorzumachen oder sich gegenseitig zu entmutigen. Selbsthilfegruppen sind eine geeignete Organisationsform, um diese Ziele zu erreichen. Wir möchten von der PTB aus die Gründung von Selbsthilfegruppen unterstützen und laden alle, die daran interessiert sind, bei einer solchen Gruppe aktiv mitzumachen, zu den folgenden Terminen ein:

donnerstags, den 20.4.78 und den 27.4.78

jeweils 19 - 22.00 Uhr im Gruppenraum (A 2231) der PTB.

Die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe ist dann sinnvoll, wenn Du erstens daran interessiert bist, zur Hilfe der Gruppe bestimmte Pro-

bleme zu überwinden oder persönlich bedeutsame Ziele zu erreichen und zweitens auch dazu bereit bist, den anderen Gruppenmitgliedern bei der Arbeit an ihren Problemen zu helfen.

Wir gehen davon aus, daß letzten Endes jede wirksame Psychotherapie oder Beratung Hilfe zur Selbsthilfe ist und wir glauben, daß nicht nur "Professionelle" (z.B. Psychiater, Psychologen, Sozialpädagogen oder Sozialarbeiter) dazu in der Lage sind, anderen bei der Erkennung und Überwindung von Problemen zu helfen, sondern jeder von uns.

Was können wir als Mitarbeiter der PTB tun, um Selbsthilfegruppen zu unterstützen? Wir haben uns dazu folgendes überlegt:

1. Wir können unsere Gruppenräume für die Treffen zur Verfügung stellen.
2. Wir bieten als Einstieg für die Gruppenteilnehmer ein Wochenendseminar an, in dem wir Euch Problemlösungsmethoden vermitteln möchten, die Ihr später selbständig in der Gruppe anwenden könnt.
3. Wir können Euch geeignete Literatur nennen, die Ihr als Grundlage für die Arbeit in der Gruppe verwenden könnt.
4. Wir würden gerne mit den Gruppen in Verbindung bleiben, um Schwierigkeiten bei der Gruppenarbeit zu besprechen und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu überlegen.

Ob eine oder mehrere Selbsthilfegruppen gegründet werden, wird von Eurem Interesse und Eurer Beteiligung abhängen. Wenn genügend Interessentinnen kommen, wird eine Gruppe speziell für Frauen mit Kindern aufgemacht, um sich mit den besonders schwierigen Problemen zu beschäftigen, die sich aus der Doppelbelastung Studium/Kindererziehung ergeben.

Weitere mögliche Themen für Gruppen sind -soziale Hemmungen, -Partnerprobleme, -Arbeitsschwierigkeiten oder -Freizeitgestaltung. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Ihr auch eigene Ideen und Vorschläge äußert.

Um unnötige Enttäuschung und Frustration zu vermeiden, scheint es uns aber auch wichtig, darauf hinzuweisen, daß Einstellungen eine produktive Mitarbeit in Selbsthilfegruppen schwierig oder unmöglich machen:

1. Wer erwartet, daß die Gruppe seine Probleme löst, wird höchstwahrscheinlich enttäuscht werden. Die Gruppe kann nur dem helfen, der bereit ist, sich selber zu helfen. Sie kann Anregung, Ermutigung und Unterstützung für die Lösung von Problemen geben, aber sie kann niemals das eigene Engagement ersetzen.
2. Wer stets im Mittelpunkt stehen will und sich nicht für die Probleme der anderen interessiert.
3. Wer zwar den anderen helfen will, aber nicht bereit ist, über seine eigenen Probleme und Schwierigkeiten zu sprechen.

4. Wer davon überzeugt ist, daß nur äußere Bedingungen, die er nicht verändern kann, für seine Probleme verantwortlich sind. Nur wer entschlossen ist, sich trotz objektiver Schwierigkeiten und Konflikte (z.B. ungünstige Studienbedingungen; schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt; Gefahr des Berufsverbots) sich nicht entmutigen zu lassen, wird mit Gewinn an einer Selbsthilfegruppe teilnehmen können.

5. Wer sich in Gruppen extrem gehemmt fühlt oder wer durch seine Probleme so stark belastet ist, daß er nicht in der Lage ist, auf andere Menschen einzugehen, sollte sich zunächst zu einer Einzeltherapie anmelden.

Alle, die im Rahmen einer Gruppe daran arbeiten möchten, sich über ihre persönlichen Ziele klarzuwerden und diesen Zielen näherzukommen, möchten wir zu unserem Treffen ganz herzlich einladen.

Wer an keinem der beiden Donnerstage kommen kann, aber Interesse hat, an einer Gruppe teilzunehmen, kann uns schreiben oder anrufen.

BOCHUM
Febr. 78
Pe

Selbsthilfegruppen an der Universität
=====

Einige Gedanken zu einem Arbeitskonzept, das (vielleicht) komplementär verwendet werden könnte zu den traditionellen Formen der Beratung und Hilfe, die bei uns angeboten werden.

Der Gedanke der Selbsthilfe ist in angelsächsischen Ländern einschließlich USA weiterverbreitet. Dort gibt es bereits eine stattliche Anzahl von Selbsthilfegruppen, die auch über örtliche Bedeutungen hinausgehen. Neben den Bürgerinitiativen, die lokale Probleme der Planung und Entwicklung zu Inhalt haben, sind besonders die Selbsthilfegruppen gemeint, die sich bei soziokulturellen - soziosomatischen Problemen zusammengefunden haben.

Das Spektrum geht von den Anonymen Alkoholikern über Anonyme Fettsüchtige, A. Suicidgefährdete bis hin zu A. Schizophrenen. (Vergl. Uschi Eschbach-Kreuzer: Social Work, eine studentische Selbsthilfeorganisation, Göttingen, Manuskript, ferner Moeller, Selbsthilfegruppen in der Psychotherapie, in Praxis der Psychotherapie, Bd. 20 Heft 4, Berlin 75.)

Hingewiesen sei auf die zahlreichen Berichte über Selbsthilfegruppen in "Social Work" Vol 17 (4), Manila 1973, sowie in Vol 15 (1), 1970, an deutschsprachigen Berichten über Selbsthilfegruppen gibt es eine ganze Reihe, die jedoch sehr speziell die Entwicklung einzelner Gruppen beschreiben, und zwar überwiegend aus dem sozialen Feld, nicht so sehr aus dem Feld der psychischen, bzw. soziopsychischen Störungen.

Es handelt sich jedoch immer um Gruppen, deren Entwicklung vergleichbar verläuft und bei denen vergleichbare Methoden angewandt worden sind, um den Selbsthilfeprozess in Gang zu setzen. Diese Methoden sind gut und in einer Art Handreichung beschrieben in R. u. H. Hauser, die neue Gesellschaft, München 1974, ferner Saul Alinsky, die Stunde der Radikalen, Handbuch für Gemeinwesenarbeit, Burckhardt-hausverlag 1974 (Gelnhausen), in Bahr/Gronemeyer (Hrsg.), konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit, Luchterhand 1974. Die wissenschaftstheoretische Grundlage der Methoden bildet die Aktionsforschung oder Handlungsforschung. Die theoretischen Konstrukte der Handlungsforschung sind wohl am klarsten von Lewin entwickelt worden in: "Die Lösung sozialer Konflikte", "Feldtheorie" usw.

Der Kern der Selbsthilfegruppen ist der Zusammenschluß von Leuten, die selbst von einem Problem betroffen sind und dieses Problem lösen wollen, bzw. den als unbefriedigend angesehenen Zustand verändern wollen, wobei sie auf die Hilfe von außen angewiesen sind, um diese Initiative zu starten und die ersten Schwierigkeiten zu überwinden.

"Der Begriff Gemeinwesenentwicklung bedeutet, daß man in einem bestimmten Hilfsprogramm Verfahrensweisen und Techniken anwendet, die sich auf die örtliche Gemeinde als Aktionseinheit stützen und Hilfe von außen mit organisierter Selbsthilfe zu vereinen sucht. Örtliche Initiativen werden angeregt, weil sie primär wichtig sind, wenn es darum geht, Veränderungen zu bewirken ..."

(Veröffentl. der UN E/CN/5/291 : Programm of Concerted Aktion in the social field of the UN. Vergl. auch : Community Organisation, Theories and Values, Internation Review of Comm. Development, Nr. 5 1960, 34).

Die Göttinger Erfahrungen mit dem "Social Work", die auf 2 1/2 Jahren Arbeit beruhen, lassen sich zusammenfassen in einige wichtige Punkte: (basierend auf Bernstein, Gruppenphasen)

- Der Beginn der Selbsthilfegruppen muß durch jemand von außen angeregt werden (Studienbüro?).

- In der ersten Phase brauchen die Gruppen einen Moderator, der auch relativ stark strukturierend eingreift und das Arbeitsverhalten der Gruppe voranbringt.
- Der Moderator hat auch zur Aggressionsabfuhr zu dienen, bzw. diese Funktion zu reflektieren, wenn die Gruppe nicht weiter kommt und Angst vor Aggressivität entwickelt.
- Der Moderator soll für die Kommunikationsregeln zu Anfang verantwortlich sein (TZI Regeln).
- Es muß ein Raum oder eine Wohnung vorhanden sein, in dem sich die Gruppen treffen und arbeiten können und der vor allem als Kontakt- und Anlaufstelle dient, auch als informeller Treffpunkt, sowie für Krisenintervention.
- Der Kommunikationszusammenhang unter den Gruppen (Intergruppenprozesse) und die Präsentation der Arbeit der einzelnen Gruppen ist schwierig und muß eigens und immer wieder organisiert werden.
- Die Gruppen entwickeln ihre eigenen Funktionsträger und Führer. Auf die Auer sind die professionellen Leiter überflüssig, ja, geradezu hemmend.

Für das Studienbüro wären drei Punkte wichtig:

- Räumliche Voraussetzungen: wo, wie groß? usw.
- Personelle Verantwortlichkeit: wer ist Projektmanager?
- Wird das Konzept bejaht und auch bei Schwierigkeiten vertreten?

Mögliches Denkmodell:

Beginn im WS 78/79 . Einladung per Flugblatt.

Mögliche thematische Schwerpunkte (vergl. Göttinger Papier): Prüfungsangst, Sexualität, Wohngemeinschaften, Arbeitsstörungen, Gruppen, die Kontakt und Kommunikation suchen, Arbeiterkinder bzw. 2. Bildungsweg.

Die Gruppen bekommen als Hilfestellung einen Moderator, der in der Regel Student sein sollte. Diese Moderatoren sollten im Semester vorher gesucht werden, trainiert werden und auf das Selbsthilfeprogramm hin auch selbst motiviert sein. (Die Frage der Bezahlung hängt ab von den Geldern aus der DSKV) (Rekrutierungsmöglichkeiten: IAG, Tutoren, Studentengemeinden)

Das Studienbüro sollte mit 2 Leuten diese Arbeit machen, die als Kontaktleute, Promotoren, Krisenhelfer, Kritiker, Flottnmacher festgefahrener Gruppen usw. dienen.

Einrichtung einer Kontaktstelle in einem Raum, der durchgehen bis in den Abend hinein zugänglich ist. Wo? (Evtl. über Spenden zu finanzieren oder mit der Studentengemeinde zu verabreden)

Das Studienbüro müßte dazu eine Arbeitszeitregelung treffen, die entsprechend flexibel ist. Außerdem sollte unser bisheriges Konzept der traditionellen Beratungsmethoden (unter vier Augen, auch Störungen, die besser oder genauso gut in Gruppen bearbeitet werden könnten, unter vier Augen besprechen) noch mal diskutiert werden und überprüft werden.

Vor allem die Einstellung, die -möglicherweise- diese traditionelle Arbeitsweise sehr begünstigt: die der "overprotective mother", etwa Überlegungen wie : das können die nicht alleine, mein Klient ist momentan dazu nicht fähig, er braucht noch ein paar Gespräche usw ... Dabei ist klar zu sehen, daß die Beurteilung, was der Ratsuchende alleine kann, vom Therapeuten ausgeht. Selbst er der Klient vom Therapeuten dementsprechend befragt wird, etwa - ob er an einer Gruppe teilnehmen wolle, u.U. anstelle der Einzelgespräche, kommen Antworten heraus, die stark beeinflußt sind von der Angst vor Entzug der Zuwendung, die "gewohnte und sichere" Beziehung mit dem Therapeuten zu verlassen etc.

Ich weise hin auf die Untersuchung der Stanford university darüber, in welcher Weise, sozusagen mit "naiver" Therapie, Gruppenmitglieder untereinander sich helfen können, selbst bei psychotischen Schüben, bei denen, wenn die Mitglieder der Gruppe nicht mehr weiter wissen, häufig einfache menschliche Zuwendung mit Hautkontakt und starkem körperlichem Einsatz, angewandt wird. Das geht sehr gut und ist oft entscheidend, jedenfalls für eine Krise hilfreicher als artifizielle Therapiemethoden.

Dieser Punkt wäre in einer Art "Balint"-Gespräch der Kollegen untereinander auch zu diskutieren, bevor eine Entscheidung über ein Selbsthilfeprogramm erfolgt.

Pe

Protokoll der Arbeitsgruppe 2 "Studieneingangsberatung"
Gruppe A

- I. Zu Beginn stellt die ZSB MÜNSTER ihr Modell der Studieneingangsberatung dar, das sie für Lehramts-Studierende in den letzten 3 Semestern durchgeführt hat. Ein solcher Beratungsblock hat folgende Inhalte:

- 1) Darstellung des Studienaufbaus, fachliche Inhalte
- 2) Erläuterung der gesetzlichen Rahmenbedingungen des Studiums wie HRG, Bafög, PO
- 3) Erleichterung der Kommunikationsmöglichkeiten von Studienanfängern

Das Beratungsangebot erstreckt sich über 2 Wochen; allgemeine Veranstaltungen in der Woche vor Vorlesungsbeginn, die fachbezogenen Veranstaltungen in der ersten Woche des Vorlesungsbeginns.

Besonders schwierig ist hier die Koordinierung der Fachberatungen in den beteiligten Fachbereichen. Insgesamt hat die ZSB dabei eher eine Initiativfunktion (siehe auch Darstellung im info Studentenberatung Nr.5).

- II. Über das weitere Vorgehen herrschte Einigkeit: die ZSBen sollen ihre ERFAHRUNGEN ebenfalls darstellen.

PH Berlin: Alle Erstsemester werden angeschrieben und eingeladen, an bestimmten Terminen zur Beratung in 10-er Gruppen à 2 Stunden in die ZSB zu kommen. Danach besteht auch die Möglichkeit der Kleingruppen- und Einzelberatung. Im Fachbereich Erziehungswissenschaften wird dies im Rahmen eines Propädeutikums durchgeführt, da die Zentrale Studienberatung durch Lehrende wahrgenommen wird. In einer solchen "Nullwoche" wird auch der Studienführer erläutert mit dem Ziel, in die "Studienplanungswoche" einzuführen.

ZSB Essen: Hier werden einige Teile des Studieneinführungsprogramms auch für Abiturienten zur Unterstützung bei deren Studienfachwahl durchgeführt. Darüber hinaus gibt es im Fachbereich 2 eine Studieneinführungsveranstaltung über 1 Semester mittels "Multimediaschau" und Begleitung durch Kleingruppen. Medien waren hier Interviews, Unterrichtsmitschauen, Vorlesungsaufzeichnungen unter Mitwirkung von Fachschaften und Tutoren. Die solchermaßen angesprochenen Studienanfänger sind dann auch eher motiviert, bei einer nächsten Studieneinführungsveranstaltung mitzuwirken.

ZSB München: erwägt ein Angebot in Lern- und Arbeitstechnik, der personelle Aufwand ist aber zu hoch. Da die ZSB 40-60 Gymnasien besucht, finden die dort angesprochenen Schüler leichter den Weg zur Beratungsinstitution ZSB. In den letzten Jahren wurden zu Semesterbeginn auch problemorientierte Veranstaltungen für Studienanfänger z.B. über Bafög durchgeführt. Diese Veranstaltungsform hat aber nicht allzuviel gebracht.

Ob das den Abiturienten zur Verfügung gestellte Informationsmaterial angenommen, sprich gelesen wird, hängt nicht zuletzt von der Form der Darstellung ab. Die Darstellungen sollten möglichst "mundgerecht" angeboten werden. Hier bietet sich auch eine Checkliste an, aus der der Studienanfänger ersehen kann, welche Informationen ihm fehlen. Es könnte die Frage-Antwort-Form gewählt werden z.B. "Weiß ich, welche Prüfungen ich bis zum Vordiplom machen muß? Wenn ja, sollte der Student eintragen, welche; wenn nein, sollte der Checkliste entnommen werden, wohin er sich wenden kann.

Vorteil: dem Studienanfänger wird bewußt, wo er noch Lücken hat

Nachteil: die Fragen der Checkliste müssen auch fächer-spezifisch sein; durch diese inhaltlichen Hinweise für alle Fachbereiche wird die Liste aber schon sehr viel umfangreicher und damit unlesbarer.

Persönliche Beratung bleibt unersetzbar.

III. DURCHFÜHRUNG

Münster: Mischform zwischen Gruppen- und Großveranstaltungen, unterstützt durch Informationsmaterial. Die ZSB initiiert, Kleingruppen werden von dafür ausgebildeten und bezahlten studentischen Mentoren betreut; die Facheinführungen werden von den Fachbereichen selbst durchgeführt.

Aachen: - ZSB
- Fachschaften
führen nebeneinander Einführungsveranstaltungen durch.

Karlsruhe: ZSB bietet
- Immatrikulationsberatung in Zusammenarbeit mit ASTA und Fachschaften
- Orientierungsphasen in den Fakultäten bzw. Ausbildung von studentischen Tutoren hierfür an
- Studieneinführende Infos

Saarbrücken:
- Studienführer
- Sonderauflage der Uni-Zeitung
- Einführungsveranstaltungen in den Fachbereichen

Aus dem Engagement der ZSB bei Studieneinführungsveranstaltungen können Schwierigkeiten mit politischen Gruppierungen entstehen, deren Grad aber von der jeweiligen hochschulpolitischen Landschaft abhängt:

Saarbrücken: hier liegt die Durchführung in der Verantwortung der Fachbereiche, wodurch die ZSB nicht in große politische Schwierigkeiten gerät

Essen: Es gibt einerseits Großveranstaltungen, aber auch Veranstaltungen des Fachbereichs unter Mitwirkung der ZSB, aber die ZSB initiiert auch selbst Gruppen in den Fachbereichen.

Durch solche Beratungsveranstaltungen in den Fachbereichen wird die ZSB aber nicht überflüssig, denn sie hat wichtige Funktionen in der fächerübergreifenden Information und bei der Kontinuität des Beratungsangebots, da die Fachberater meist im rotierenden System ausgetauscht werden.

IV. Daraus resultierende PROBLEME für die ZSBen

- 1) Inwieweit wird die politische Orientierung der Fachschaften auf die ZSBen übertragen, wenn letztere bei Veranstaltungen der Fachschaften mitwirken?
- 2) Wie soll die ZSB für derlei Probleme organisiert sein?
- 3) Wie kann die Kooperation, insbesondere mit der Studienfachberatung verbessert werden?
- 4) Welche Inhalte sollten Studieneinführungsveranstaltungen enthalten?
- 5) Können Lerntechnikurse durchgeführt werden?

ad 3) ZSB sollte Absprachen zwischen den an der Erstellung des Studien- oder Stundenplans beteiligten Fachbereichen initiieren.
Da die Studienfachberater meist ernannt werden, mangelt es oft an Motivation, die Stundenpläne zu koordinieren; ein Deputatserlaß ist wünschenswert.

Die Studienfachberatung soll auch soziale Belange berücksichtigen. Dies könnte durch gemeinsame Veranstaltungen von ZSB und Studienfachberatung, durch bessere Information der Studienfachberater (Informationsdienst) oder auch durch Training erreicht werden.

Über Studienreformkommissionen kann die ZSB ihre Erfahrungen in die Fachbereiche rückmelden.

ad 4) Angesichts der so verschiedenen Hochschulstruktur vor Ort bietet sich kein Idealkonzept, sondern eher ein Bausteinsystem an, wie

- Einbezug von Berufsperspektiven in Kooperation mit BB-A/H
- Orientierung an hochschulpolitischen Fragestellungen
- Arbeits-/Lerntechniken

Insgesamt haben die ZSBen eine wichtige Impulsfunktion.

Protokoll der Arbeitsgruppe 2 "Studieneingangsberatung"
Gruppe B

Moderatoren: Grunow, Otte (Marburg)

Die Arbeitsgruppe ging, nach der Vorstellung der Gruppenmitglieder, Abklären der Erwartungen und Austausch von Informationen in der Studieneingangsberatung an den verschiedenen Hochschulen, folgendermaßen vor:

1. Schritt

Darstellung der Orientierungseinheit (OE) für Erstsemester am Beispiel Humanmedizin in Marburg und Diskussion darüber (siehe auch Anlage 1 und Anlage 2).

2. Schritt

Rollenspiel der Verhandlung über die Konzeption der OE für das Sommersemester 1978.

3. Schritt

Diskussion der Inhalte des Programms für das Sommersemester 1978 und Frage nach der Funktion der ZSB, Ausbildung der Tutoren (Anlage 3).

Im Protokoll können aufgrund der Arbeitsweise der Gruppe nur die wichtigsten Diskussionspunkte festgehalten werden.

1. Schritt

Darstellung der Orientierungseinheit (OE) für Erstsemester am Beispiel Humanmedizin in Marburg unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Funktion OE und inhaltliche Gestaltung
2. Durchsetzung auf Fachbereichsebene
3. Funktion der Studienberatung bei der OE

Zu 1.

Ziele und Funktion der Studieneingangsberatung in Form von OE sind ausführlich im Info Nr. 5 auf Seite 28 dargelegt, wie z.B.:

- Klarheit der eigenen Erwartungshaltung und Motivation in bezug auf das Studium
- Beschaffung, Aneignung, Bewertung und Verarbeitung der wesentlichen Informationen für die individuelle Studienorientierung und Studienplanung
- Vertrautheit mit den Kommunikationsformen, Arbeitstechniken und Arbeitsmethoden an der Hochschule
- erste Erfahrungen mit universitärer Gruppenarbeit

- Reflexion der berufspraktischen Umsetzbarkeit der erworbenen und zu erwerbenden Qualifikationen
- Entwicklung eines Selbstverständnisses der studentischen Rolle im universitären und gesellschaftlichen Rahmen
- Aufbau erster sozialer Kontakte zu Studienkollegen

Eine wichtige Funktion, von anderen ZSB und Studenten bestätigt, hat die OE darin, Kontakte und Gruppenbildungen für Erstsemester zu ermöglichen, die den Übergang von der Schule zur Hochschule erleichtern. Über die Dauer von OE war man sich einig, daß eine ein- oder zweitägige OE eher schadet als nützt, da Konkurrenzängste eher verstärkt als abgebaut werden.

Zu 2.

Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von OE im Fachbereich, mit den Fachschaften als Träger der OE - können darin bestehen, daß Professoren aus oft unbegründeter Angst abblocken. (So z.B. in Marburg geschehen). Bei dem Begriff Fachschaft wittern Professoren zu sehr studentische Interessenspolitik, unterstellen Indoktrination und befürchten eine Politisierung der Erstsemester. Die wichtige Funktion für Erstsemester - wie Kontakte s.o. - wird dabei gern übersehen. Wichtig ist hier, Kontakte mit aufgeschlossenen Professoren aufzunehmen, evtl. Ängste, die gegenüber Studentenvertreter bestehen, abzubauen.

Sinnvoll kann sein - so z.B. in Karlsruhe durchgeführt - auf Fakultätsebene eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die O-Phase konzeptionell entwickelt, mit Studenten und evtl. Lehrpersonal, bevor die politischen Gremien sich mit der O-Phase befassen. Zudem soll versucht werden Professoren, Assistenten usw. als Bündnispartner für die OE zu gewinnen.

Zu 3.

Über die Funktion der ZSB bei Eingangsveranstaltungen wurden unterschiedliche Positionen bezogen; Die Übertragbarkeit der Marburger OE und die Rolle der ZSB ist vor allem da nicht gegeben, wo ZSBen personell "gering" ausgestattet sind. Problematisch erscheint vor allem alle Fachbereiche an den Hochschulen mit OE versorgen zu wollen. Zeitlich kann eine kontinuierliche Mitarbeit der ZSB bei der Entwicklung von Konzepten für die verschiedenen Fachbereiche nicht gewährleistet werden, wenn die "alltägliche" Arbeit - wie Einzel- Gruppenberatungen, Projekte in der Sekundarstufe II und andere Projekte -, im gleichen Maße weiterlaufen muß.

Dies würde für manche ZSB eine Umorientierung der Beratungstätigkeit bedeuten (Marburger Modell). Ebenso schwierig zu bewerkstelligen ist die Ausbildung der Tutoren aus personellen wie zeitlichen Gründen.

Aus Marburg wird hierzu vorgeschlagen, eine eigene Stelle für die Ausbildung von Tutoren, nebenamtlichen Beratern zu fordern, oder in enger Zusammenarbeit mit den Zentren für Hochschuldidaktik die Ausbildung vorzunehmen.

Unbestritten ist, daß die ZSBen für den Studienbeginn Informationsmaterialien erstellen können. Informationen sollen aber unter dem Gesichtspunkt "geben - aber darüber reden" verteilt werden. Sie sollen so aufgebaut sein, daß sie für die Erstsemester Hilfen sind, weitere Fragestellungen zu entwickeln.

2. Schritt

Rollenspiel der Verhandlung, die die Verabschiedung der Konzeption der OE für das SS 78 zum Thema hat. Teilnehmer: Dekan, Professoren, Studentenvertreter, Vertreter der ZSB.

Das Protokoll des Rollenspiels kann an dieser Stelle nicht gebracht werden, nur folgende Kritikpunkte sollen festgehalten werden. Die Vorgaben waren nach Meinung von Teilnehmern zu wenig präzise, so daß mehr Verhaltensstereotypen entwickelt wurden, wie "reaktionärer

Professor" oder "aufmüpfige Studenten" und eine inhaltliche Diskussion über die OE nicht möglich war, die eigentliche Aufgabe auch nicht erfüllt wurde (was aber auch der Realität von solchen Gremien sehr nahe kommt).

Durch das Rollenspiel wurden aber verschiedene Probleme deutlich, z.B.:

- wie verhält sich die Studienberatung bei Konflikten, d.h. unterschiedliche Interessen bei Studenten und Professoren bei der inhaltlichen Gestaltung der OE
- welche Interessen soll oder kann die ZSB vertreten
- wie kann die ZSB erreichen, daß sie ernst genommen wird!

Eine Funktion der ZSB kann sein, die "Kontrahenten" an einen Tisch zu bringen, die Kommunikation zwischen Studenten und Professoren zu ermöglichen, Ängste bei den unterschiedlichen Gruppen abzubauen.

Es kann nicht Aufgabe der ZSB sein, Widersprüche, die objektiv vorhanden sind, durch ein Programm glatt zu bügeln.

Es ist sinnvoller, die unterschiedliche Interessen z.B. in OE anzusprechen, sie darzustellen, zu bearbeiten, da die Erstsemester über kurz oder lang tagtäglich damit leben müssen.

3. Schritt

Im 3. Schritt wurde das Programm der OE SS 78 nach folgenden Kriterien diskutiert:

- welche Inhalte werden in den einzelnen Veranstaltungen vermittelt.
- welche Funktion hat die Studienberatung und welche Position soll die ZSB einnehmen.

Abschließend diskutierten wir noch kurz über die Inhalte der Ausbildung der Tutoren.

Ein Programm der Ausbildung kann bei der ZSB in Marburg angefordert werden.

Für die nächste Tagung soll dies auch ein Tagesordnungspunkt werden.

STUDIENORIENTIERUNGSPROJEKT MARBURG (StOP)

Entwicklung einer ORIENTIERUNGSEINHEIT für Erstsemester
am Fachbereich Humanmedizin
an der Philipps-Universität Marburg

WS 76/77 Innerhalb der Fachschaft Humanmedizin wird auf mehreren Sitzungen die Bedeutung und Notwendigkeit einer intensiven Studieneingangsberatung diskutiert.

Die Fachschaft orientiert sich dabei an dem Hamburger Modell einer "Orientierungseinheit" (OE).

Drei Mitglieder der Fachschaft fahren nach Hamburg und informieren sich an Ort und Stelle.

Ende

WS 76/77 Ein modifiziertes Konzept wird formuliert und in den Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten eingebracht.

Nachdem der Ausschuß nicht bereit ist, das OE-Konzept dem Fachbereichsrat als offizielle Studienberatung zu empfehlen, beschließen die Studenten die OE als reine Fachschaftsveranstaltung durchzuführen.

Auf Anfrage der Fachschaft erklärt sich das StOP bereit, ein Ausbildungsseminar für studentische Berater durchzuführen.

Beginn
SS 77 2-tägiges Beratertraining durch Mitarbeiter des StOP.
Durchführung einer 2-tägigen OE getragen von der Fachschaft.

Mitte
SS 77 In mehreren Auswertungssitzungen modifiziert die Fachschaft das Beratungskonzept anhand der vorliegenden Erfahrungen.

Eine neue Vorlage für den Lehr- und Studienausschuß wird erarbeitet.

Gleichzeitig wird das StOP um konzeptionelle Unterstützung gebeten.

Nachdem sich 2 Hochschullehrer für die Studienberatung

engagieren, stimmt der Ausschuß dem Antrag der Fachschaft zu und empfiehlt dem Fachbereich die Unterstützung der OE.

Die Fachschaft bemüht sich in zahlreichen Einzelgesprächen mit Hochschullehrern diese über Ziel und Inhalt der OE zu informieren.

Ende

SS 77

Der Fachbereichsrat befürwortet eine Durchführung der OE. Zeitraum: 3 Tage vor Semesterbeginn und während der ersten Semesterwoche. Alle übrigen Lehrveranstaltungen für Studienanfänger sollen verschoben werden bzw. ausfallen. Der Prodekan und 2 weitere Hochschullehrer werden beauftragt die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Semester-
ferien

In mehreren Sitzungen mit Hochschullehrern und Studenten - das StOP fungiert dabei als Vermittler und Gutachter - werden die Meinungen und Wünsche der Hochschullehrer bzgl. Konzept und Zeitplan der OE diskutiert und insbesondere über eine Beteiligung der Hochschullehrer an der Beratung verhandelt.

Das StOP wird mit der Ausbildung der Berater und mit der Auswertung der OE betraut.

Kurz vor Semesterbeginn findet eine 6-tägige Ausbildung der studentischen Berater durch das StOP statt.

Durchführung einer 8-tägigen OE.

Beginn

WS 77/78

Mitte

WS 77/78

Auswertungsgespräche mit Studentischen Beratern, Erstsemestern und Hochschullehrern, sowie Auswertung der eingesetzten Fragebögen durch das StOP.

In mehreren Sitzungen mit Fachschaftsvertretern, Hochschullehrern und StOP-Mitarbeitern wird das OE-Konzept

weiterentwickelt. Zentrale Diskussionspunkte dabei sind: Verstärkung des "fachbereichs-offiziellen" Charakters der Beratung.

Einbindung von Hochschullehrern in das OE-Konzept.

Geplant 4-tägige Beraterausbildung.

Beginn

SS 78

STUNDENPLAN DER OE MEDIZIN SS 1978 (nicht autorisierte Fassung)

Montag 10.4.78	10-11 Uhr	- Begrüßung durch den Dekan, die für die OE verantwortlichen HSL und die Fachschaft - Vorstellung des OE-Konzepts - Einteilung der Kleingruppen
	11-13 Uhr	- Kennenlernen: erste Vorstellung, Erwartungen der Studienanfänger, Programmgespräch - gemeinsames Mittagessen in der Mensa
	14.30-17.30	- "Informationen zum Überleben" - Stundenplan (incl. Überblick über den Aufbau der medizinischen Ausbildung schematisch)
Dienstag 11.4.78	9-13 Uhr	- "Fallvorstellung" (Martini, Rieke)
Gruppen A:	14.30-17.30	- Übergangsprobleme Schule/Beruf-Univers. - Motivation zum Studium
Gruppen B:	verschiedene Anfangszeiten	- Gespräch von je 5 Studenten mit einem Hochschullehrer, auf Wunsch mit Tutor - Diskussion der Fallvorstellung - persönliches Kennenlernen
Mittwoch 12.4.78	8.00- 9.30	- Vorlesung SIEGRIST: "Zur Entwicklung ärztlicher Tätigkeitsbereiche"
	9.30-11.00	- Vortrag NITNER: "Über die Aufgaben und Ziele des Marburger Gesundheitsamtes"
	11-13 Uhr	- Vorlesung VOGLER: "Tätigkeitsmerkmale des Basisarztes"
Gruppen B:	14.30-17.30	- wie Dienstag Gruppen A
Gruppen A:	verschiedene Anfangszeiten	- wie Dienstag Gruppen B
	Exkursionsgruppen G & W 18-20 Uhr	- Vorbereitung der Exkursionen, Diskussion von Interessenschwerpunkten

Donnerstag 13.4.78	Exk.gruppen J, K, R 9-12 Uhr	- Vorbereitung der Exkursionen, Diskussion von Interessenschwerpunkten
	Exk.gruppe G Vormittag	- Besuch des Gesundheitsamts
	Exk.gruppe W ganztags	- Fahrt nach Baunatal/Kassel Besichtigung des werksärztlichen Dienstes
	alte Gruppen 17-20 Uhr	- Approbationsordnung, Gegenstandskatalog Aufbau der medizinischen Ausbildung
Freitag 14.4.78	Exk.gruppe J ganztags	- Fahrt nach Herborn: Besichtigung der jugendpsychiatrischen Klinik
	Exk.gruppe K ganztags	- Fahrt nach Fulda: Besichtigung des Modellkrankenhauses
	Exk.gruppe R ganztags	- Fahrt nach Rotenburg/Fulda: Besichtigung des Rehabilitationszentrums
	Exk.gruppen G und W 10-13 Uhr	- Auswertung der Exkursion
	abends ab 20 Uhr	- Fete
Montag 17.4.78	alte Gruppen 14.30-17.30	- Nachbereitung der Exkursionen, Austausch, Kritik etc.
Dienstag 18.4.78	14.30-17.30	- Hochschulstruktur - Selbstverwaltung der Universität - Aufgabe und Funktion von Gremien (am Beispiel eines Entscheidungsweges)
Mittwoch 19.4.78	14.30-17.30	- Möglichkeiten der Fortführung von Gruppenarbeit im Semester - Fortsetzung der Studienberatung (Erstsemesterarbeitskreise)
	ab 18.00 Uhr	- Abschlußplenum: Kritik und Ausblick

Zeitplan für die Orientierungseinheit WS 77/78

Mittwoch, 12.10.1977	10.00 Uhr	gemeinsamer Treff im Hörsaal (HS) Physiologie Begrüßung Vorstellung der Berater und Aufteilung in Arbeitsgruppen
	11 - 13 Uhr	"Kennenlernen" Vorstellung der OE Erwartungen der Erstsemester Programmbesprechung
	14.30 - 16.30	Motivation - Studium überhaupt - Medizinstudium Übergang Schule - Universität
Donnerstag, 13.10.1977	10 - 12 Uhr	"Information zum Überleben"
	14 - 16 Uhr	Stundenplan im Vorklinikum
Freitag, 14.10.1977	10 - 12 Uhr	Gemeinsame Diskussion mit den in der Vorklinik tätigen Hochschullehrern
	14 - 16 Uhr	Auswertung der Diskussion
Montag, 17.10.1977	9 - 11 Uhr	Vorlesung Prof. Sierrist
	14 - 16 Uhr	Berufsperspektive des Arztes Vorbereitung der Berufsfelderkundung
Dienstag, 18.10.1977	8.30 Uhr	Durchführung der Hospitationen
Mittwoch, 19.10.1977	10 - 12 Uhr und 14 - 16 Uhr	Auswertung der Hospitationen
Donnerstag, 20.10.1977	10 - 12 Uhr und 14 - 16 Uhr	Aufbau der medizinischen Ausbildung: AO, Gegenstandskatalog, Prüfungen, Ausbildungsziel
Freitag, 21.10.1977	10 - 12 Uhr und 14 - 16 Uhr	Struktur des Fachbereichs Möglichkeiten akademischer Selbstver- waltung
Donnerstag, 20.10.1977	14 - 16 Uhr	Gemeinsames Treffen der Hochschullehrer und Studenten

120 Teilnehmer - 15 Tutoren - Gruppengröße zwischen 6 - 10

Protokoll der Arbeitsgruppe "Prävention im Sozialen Umfeld" vom 3.3.1978 in München, Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der BRD und West Berlin

Am Vormittag wurden die Bedingungen zusammengestellt, die zu präventionsbedürftigen Symptomen führen. Diskutiert wurden Bedingungen des Arbeitsmarktes und Ausbildungs-systems (verknappte Arbeits- und Ausbildungsplätze, Arbeitsbedingungen, Verschärfung der Studienbedingungen, fehlende Alternativen, mangelhafte Abstimmung und Abstimmbarkeit zwischen Interessen, Schulbildung und beruflicher Praxis etc.), der sozialen Lage (Normänderungen zwischen den Geschlechtern, Alternativver-suche zu Konsumideologie) und der persönlichen Entwicklung (passive Erwartungshaltung, Festhalten an überkommenen Privilegien, fehlende Selbstständigkeit, Zukunftsangst etc.). Erschwerend für eine FESTLEGUNG der verantwortlichen Bedingungen für bestimmte Störungen ist zumeinen, daß Einzelbedingungen mehr Auswirkungen als nur die eine Störung zur Folge haben und eine Störung durch verschiedene Bedingungen ausgelöst werden kann. Zudem hängt es von politischen Entscheidungen ab, was verant-wortlich gemacht werden soll: Die für die Individuen nicht zu-reichenden Verhältnisse, oder die für die vorhandenen Verhält-nisse nicht zureichenden Individuen.

In der zweiten Hälfte wurden konkrete Erfahrungen und Ansätze diskutiert. Der Aspekt 'Soziales Umfeld' wurde dabei recht weit, als alle über den individuellen Bereich hinausgehenden Aktivi-täten der Beratungsstelle, gefaßt.

Besprochen wurden dabei unter anderem:

1. Aus München: erfolgreiche Versuche, Studieninteressenten mit Wirtschaftsunternehmen zusammenzubringen. Über persönliche Kontakte erhielten die Interessenten in bislang kaum gekannter Weise Einblick in die gesamte Betriebsarbeit. Sie können ihre Interessen und Möglichkeiten so überprüfen. Information im angestrebten Arbeitsfeld unter unmittelbarer Teilnahme an allen Prozessen (statt einseitiges Herumbasteln im Praktikum!) verhindert Fehlentscheidungen und durch mangelnde Orientierung bedingte Schwierigkeit bei der Studienrealisierung. Vgl. auch Selbsthilfeprojekt Rösemann!

2. Aus Heidelberg wurde von erfolgreichen Wohngemeinschaftsinitiativen berichtet. In einer ghettoartigen Vorstadt wurden mit Hilfe der Beratungsstelle Kontakte zwischen Wohngemeinschaften geschaffen, die diese von alleine fortführen und so die Lebensqualität insgesamt verbessern, was gegen Vereinsamung zum einen oder festbeißen in Pseudofamilien geht. Auch therapeutische Gemeinschaften als Alternative oder Ergänzung zur Therapie wurden mit gutem Erfolg initiiert.
3. Aus Bielefeld wurde der Versuch geschildert, Ausländer in der Weihnachtszeit zusammenzubringen, damit sie sich nicht vereinzelt und 'im Ausland' fühlen. Die Schwierigkeiten waren enorm und das Mißtrauen groß. Es besteht insgesamt seitens der Berater wenig Erfahrungen mit Ausländern. Weiter wurde vom Versuch berichtet, die Vereinzelung durch die Art der Sprechstunde zu beenden, indem in der Beratungsstelle ein "Kontaktbereich" besteht, in dem die Wünsche vorgetragen werden. Das ist besser, als das Ritual zweier Menschen, die sich in ein Zimmer zurückziehen und dann beraten!
4. Geplant sind Aktivitäten in Wohnheimen, wozu in Berlin bereits ermutigende Erfahrungen bestehen.
5. Weiter wurde aus München ein großes Projekt zur Prüfungsvorbereitung berichtet, an dem an die 200 Teilnehmer teilnehmen und die Durchfallquote halbiert werden konnte.
6. Motto der gesamten Aktivitäten war: Förderung vorhandener Strukturen statt Ersatz bereitzustellen durch das Beratungsangebot. Oder: Das Beratungsangebot in die vorhandenen Möglichkeiten einbauen, statt es als Kompensation zu eigenständig und abgegrenzt auszubauen.

BETR: NÄCHSTE TAGUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT IN MARBURG

Ein wichtiges Ergebnis der Münchener Tagung für die Kontinuität der Arbeit der Arge ist die Absprache des nächsten Treffens. Deshalb nochmal zur Erinnerung und zum Notieren für diejenigen, die nicht dabei waren:

unsere nächste Tagung findet in Marburg statt, wobei aufgrund der AHD-Tagung in Frankfurt eine Verschiebung vom 28.-30.9. auf den 8.-11.10.1978 vorgeschlagen wird.

Drei Themen wurden für die Fortbildungsarbeitsgruppen ausgewählt:

AG 1: Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren

Moderatoren: Karl Heinz Otte
Studienorientierungsprojekt
Biegenstr. 10
3550 Marburg

AG 2: Psychotherapie mit Studenten in Gruppen - ein Erfahrungsaustausch

Moderatoren: Bernd Schmidt
Zentrale Studentenberatungsstelle
Friedr.-Ebert-Anlage 27
6900 Heidelberg Tel.: 06221/54307

Eberhard Fuhrmann
Psychotherapeutische Beratungsstelle
des Studentenwerks
Bergheimer Str. 147
6900 Heidelberg Tel.: 06221/28618

AG 3: Institutionenberatung im prophylaktischen Sinne

Moderatoren: Christian Reitzner
Amt für Ausbildungsberatung
(Zentrale Studienberatung)
Payerstr. 6
7400 Tübingen Tel.: 07071/294204

Ute Kumpf
Beratungs- und Informationszentrum (BIZ)
Karlsstr. 40
7500 Karlsruhe 1 Tel.: 0721/6085170

Die Moderatoren müssen ihre Arbeitspapiere bis spätestens

14.8.78

an die Info-Redaktion schicken, um eine Veröffentlichung vor der Tagung zu ermöglichen (also nicht über Reise- und Ferientrübungen vergessen!!!)

NACHRICHTEN

Alternativvorschlag der nordrhein-westfälischen Studentenberater zum Landeshochschulgesetz

Der anschließend abgedruckte Text eines Alternativvorschlags zum § 111 (Studienberatung) des nordrhein-westfälischen Hochschulgesetzes ist auf einer Tagung der Studentenberater im Dezember 1977 beraten und verabschiedet worden. Von den drei angeschriebenen Landtagsfraktionen hat lediglich die FDP-Fraktion reagiert und durch ihren hochschulpolitischen Sprecher Reinhard Roericht mitteilen lassen, daß man die Stellungnahme bei den Beratungen des Landeshochschulgesetzes nach der Sommerpause berücksichtigen wolle.

Alternativentwurf des § 111 des LHG

1. Die Hochschule berät Studierende und Studieninteressenten. Ihre Aufgabe ist im Rahmen der allgemeinen Studienberatung insbesondere die Unterrichtung über die Studienmöglichkeiten, die Studieninhalte, den Studienaufbau und die Studienanforderungen sowie die psychosoziale und fächerübergreifende Beratung; sie unterstützt den Studierenden im Rahmen einer studienbegleitenden Fachberatung insbesondere in Fragen der Studiengestaltung, der Studientechniken und der Studienschwerpunkte. Die Erfahrungen und Erkenntnisse der Studienberatung fließen in die Arbeit der für die Lehre und studentische Angelegenheiten zuständigen Institutionen ein.
2. Zur Durchführung der allgemeinen Studienberatung ist eine zentrale Betriebseinheit für eine oder mehrere Hochschulen zu errichten. Die Studienfachberatung ist Aufgabe der Fachbereiche.
3. Die Hochschule arbeitet auf dem Gebiet der Studienberatung mit den für die Berufsberatung und den für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen zusammen.
4. Die Inanspruchnahme der Studienberatung ist freiwillig. Die Studienberater unterliegen der Schweigepflicht.

Aufgrund dieses Alternativentwurfs des § 111 ergeben sich zwei weitere Änderungen:

- a. Es ist ein § 34 a zu formulieren, in dem die Zentrale Studienberatung als zentrale Betriebseinheit manifestiert ist.
- b. § 83, 2. Abs., ist ersatzlos zu streichen.

Begründung für den Alternativentwurf zu § 111 des LHG sowie der entsprechenden - die Studienberatung an den Hochschulen betreffenden - Paragraphen

Zu § 111, Abs. 1/Satz 1:

Neben der Beratung der Studierenden ist auch die Beratung der Studieninteressenten (die die Beratung von Studienbewerbern einschließt) dringend notwendig, da die Entscheidung über ^{unf} die Studienwahl nicht allein von der Bundesanstalt für Arbeit geleistet werden kann, sondern ebenso Aufgabe der Hochschulen ist, die mit einem entsprechenden Beratungsangebot eine frühzeitige Orientierung über Ausbildungsgänge der Hochschulen anbieten können und damit auch Fehlentscheidungen vermeiden helfen.

Der 1. Satz/Abs. 1 sollte ausschließlich die Zielgruppen der Studienberatung nennen, nicht aber den Beratungsgegenstand, da dieser in den folgenden Sätzen präziser formuliert wird.

Zu § 111, Abs. 1/Satz 2:

Die Erfahrungen der Studienberatungsstellen machen deutlich, daß die Aufgaben der Hochschule bezüglich der allgemeinen Studienberatung nicht auf die in Satz 2 genannten Informationsbereiche zu reduzieren sind. Die allgemeine Studienberatung hat diejenigen Beratungsebenen abzudecken, für die die Fachberatung nicht zuständig ist. Damit fallen in ihren Aufgabenbereich sowohl die studienvorbereitende als auch die fachübergreifende studienbegleitende Beratung einschließlich der psychosozialen Beratung.

Auf der studienvorbereitenden Ebene sind u. a. die folgenden Aufgaben von Bedeutung:

- die frühzeitige Informierung und Orientierung über den Hochschulbereich,
- die Unterstützung und Bereitstellung von Entscheidungshilfen bei der Studienwahl.

Auf der studienbegleitenden Ebene müssen darüber hinaus weitere allgemeine Beratungsanteile geleistet werden:

- die Informierung und Orientierung über die allgemeinen Rahmenbedingungen des Studiums (hier ist an die Vermittlung der jeweiligen gesetzlichen Grundlagen zu denken - HRG, LHG, LABG, Haushaltsstrukturgesetz etc.), die die Studierenden im besonderen Maße betreffen,
- die frühzeitige Vorbereitung der Studierenden auf die neue Lern- und Arbeitssituation an der Hochschule,
- die Unterstützung bei der Erlangung des Studienziels (Informierung über die Prüfungsbedingungen, Beratung beim Wechsel des Studienfachs/Studienziels, bei Prüfungsversagen etc.),

- Beratung und Hilfe bei Krisen im Studienverlauf,
- die Kooperation mit allen Beratungsinstitutionen im Hochschulbereich und die Koordinierung der Beratung auf der Facherebene (insbesondere beim Lehramtsstudium).

Auf diesen Aufgabenbereich der allgemeinen Studienberatung der Hochschule verweist auch besonders die WRK in ihrer Empfehlung zur Studienberatung vom 28./29.6.1976: "Die Zentrale Studienberatung wirkt insbesondere bei folgenden Schwerpunkten mit:

- Beratung vor einem Studienwechsel;
- Beratung bei Fragen des Studienabbruchs;
- Psychosoziale und psychotherapeutische Beratung sowie Hilfe bei Krisen im Studienverlauf."

Diese umfassenden Aufgaben sind nur unter der Voraussetzung zu leisten, daß auch entsprechende Sachmittel und Stellen für die allgemeine Studienberatung zur Verfügung gestellt werden; damit ist grundsätzlich auch die Voraussetzung für die Einrichtung einer zentralen Betriebseinheit an der Hochschule gegeben.

Zu § 111, Abs. 1/Satz 3:

Die Aufgaben der allgemeinen Studienberatung können nur in direktem Zusammenhang mit den Lehr- und Lernprozessen an der Hochschule gesehen werden, daher ist eine kontinuierliche Rückmeldung der Beratungserfahrungen und -erkenntnisse an die entsprechenden Hochschulgremien und -gruppen zu institutionalisieren. In diesem Zusammenhang ist insbesondere an Problemhäufungen bei Studierenden in bestimmten Fächern zu denken, an die Rückmeldungen über Erfahrungen mit Studien- und Prüfungsordnungen etc.

Zu § 111, Abs. 2:

Aus der Erfahrung der Studienberatungsstellen in NW mit unterschiedlichen Organisationsformen bringt nur die Form der zentralen Einrichtung mit der organisatorischen Trennung von administrativen Institutionen der Verwaltung den engen Kontakt zu allen Institutionen der Hochschule. Diese Meinung vertraten ebenfalls die Leiter der Studienberatungsstellen, die sich am 2./3.11.77 auf Einladung der WRK mit diesem Thema befaßten.

Auch die "Grundsätze zum Aufbau eines Studienberatungssystems an den Hochschulen des Landes NW" vom 20.12.1974 (Entwurf) sehen eine zentrale Einrichtung als Organisationsform für die zentralen Studienberatungsstellen vor. Der Charakter der genannten Einrichtungen entspricht der im § 31 des Referentenentwurfs des LHG vorgesehenen zentralen Betriebseinheit.

Zu § 111 Abs. 3:

Der Absatz bleibt unverändert.

Zu § 111, Abs. 4:

Der Absatz 4 des vorliegenden Entwurfs wird ersatzlos gestrichen, da die über das LHG hinausgehenden Richtlinien für die Beratung an den Hochschulen entsprechend § 31 über die zentralen Betriebseinheiten in der Verantwortung der Hochschulen liegen müssen. Dies betrifft besonders die Einzelheiten der Organisation und Durchführung der Studienberatung, die entsprechend den Bedingungen der jeweiligen Hochschule bzw. Hochschulregion von den befähigten Gremien der Hochschulen festzulegen sind.

Zu § 111, Abs. 4 (neu):

Der anstelle des alten Absatzes hier neu hinzugefügte Absatz 4 macht noch einmal die Notwendigkeit einer zentralen Einrichtung deutlich; bei der allgemeinen Studienberatung an den Hochschulen muß eine deutliche organisatorische und räumliche Trennung von administrativen Institutionen der Hochschulen, wie Studentensekretariat, Prüfungsamt, Rektorat etc. gegeben sein.

Die Berater nehmen keine administrativen Funktionen wahr und vollziehen insbesondere keine den Ratsuchenden bindenden Verwaltungsakte. Im Rahmen der Studienberatung muß Vertraulichkeit, Schweigepflicht, Zeugnisverweigerungsrecht und Datenschutz gegeben sein, um es allen Studierenden zu ermöglichen, ihre Anliegen offen und vertrauensvoll an die Studienberatungsstelle heranzutragen.

Aus der Erfahrung der Studienberatungsstellen ist damit auch der § 83 Abs. 2 abzulehnen und ersatzlos zu streichen.

Die Neufassung des § 111, Abs. 2 bedingt die Notwendigkeit eines Paragraphen 34 a; Der neue § 34 a müßte die Organisation und die Aufgaben der allgemeinen Studienberatung regeln.

HEISSES THEMA: SOZIALBERATER

Nachdem die Diskussion der Teilnehmer der letzten Tagung der Arbeitsgemeinschaft in München mit einem Vertreter des DSW, den Vertretern der Studentenwerke in Braunschweig und Berlin und einigen Sozialberatern aus Regensburg, Kassel und Göttingen mehr Verwirrung und Erregung erzeugt hatte als zu einer Klärung und Zusammenarbeit zu führen, haben zwei Sprecher der Arge jetzt in einem Gespräch mit Christian Rohlfing, Geschäftsführer des Sozialwerks für die Mitglieder der Hochschulen der Freien Hansestadt Bremen, neue Informationen erhalten und damit mehr Klarheit über die Absichten des DSW gewonnen.

Ganz deutlich wurde ausgesprochen, daß die Aussagen von Herrn Stoyke und Herrn Loschke in München nicht die Meinung des Vorstandes des DSW wiedergaben. Als Sprecher des Vorstands äußerte Herr Rohlfing sein Bedauern darüber, daß dadurch wie auch durch das überholte Papier von 1975 unnötige Kontroversen aufgetreten sind. Der Vorstand des DSW hat jetzt beschlossen, eine Modellbeschreibung für das Konzept des "Sozialberaters" herauszugeben, das vor allem auch die regionalen Unterschiede differenziert berücksichtigt. Hiermit soll eine weitere Diskussion ermöglicht werden. Für Modelleinrichtungen sind vorgesehen die Studentenwerke in Kassel, Marburg, Frankfurt, Göttingen und Berlin.

Vielleicht können hier die Mitarbeiter der psychologisch-therapeutischen oder ärztlich-psychotherapeutischen Beratungsstellen schon jetzt örtlich an der Diskussion und Planung teilnehmen und ihre Erfahrung einbringen.

VERÖFFENTLICHUNGEN

Veröffentlichung des DSW zum Thema psychotherapeutische Beratungsstellen

Die Ergebnisse einer Tagung des Deutschen Studentenwerks e.V. zum wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch von Mitarbeitern von psychologisch-psychotherapeutischen Beratungsstellen im Hochschulbereich vom 9. bis 10.6.1977 in Hamburg, wurden jetzt in Form einer Broschüre unter dem Titel

"Psychotherapeutische Beratungsstellen für Studenten - eine Bestandsaufnahme"

herausgegeben und an die mit der psychotherapeutischen Beratung von Studenten befaßten Institutionen versandt.

Sonderinfo "Aus- und Fortbildung von Studienberatern"

Als Sondernummer des Info Studentenberatung erscheint eine Bestandsaufnahme von Beschlüssen und Konzepten zur Aus- und Fortbildung von Studienberatern, die von den Kollegen Stefan Brandt und Joachim Klaus zusammengestellt wurde. Die Sondernummer ist bei der Info Redaktion erhältlich.

Zum beiliegenden Fragebogen der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie

Die Kommission "Berufsverbote" in der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) führt eine Befragung aller mit der Beratung und Therapie betreuten Stellen an Universitäten in der BRD und Westberlin durch. In dem Fragebogen sollen Hinweise auf Folgeerscheinungen der sog. Berufsverbote auf die Beratung im Hochschulbereich erfaßt werden. Um einen möglichst großen Überblick über die den Beratern deutlich gewordenen Folgeerscheinungen zu bekommen, bittet die Info-Redaktion alle Kollegen um ihre freundliche Mitarbeit. Der Fragebogen liegt dem Info 5 als Einlage bei. Darüber hinaus erfolgt eine Verschickung über die DGVT-Geschäftsstelle.

**Kommission "Berufsverbote" in der
Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie
Geschäftsstelle der DGVT - Uhlandstraße 2 - 7400 Tübingen**

Betr.: Mögliche Folgeerscheinungen des "Radikalerlasses"
(Ministerpräsidentenkonferenz-Beschluß vom Jahre '72
über die Einstellung oder Berufsausübung im öffentlichen Dienst bzw. dessen Folgeregelungen)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf der Grundlage des "Radikalerlasses" und des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 22.5.75 werden Bewerber und Angehörige im öffentlichen Dienst in der BRD und Westberlin hinsichtlich ihrer Verfassungstreue überprüft. In zahlreichen Fällen (s. zuletzt Psychologie Heute vom Jan. '78) wurde insbesondere Bewerbern für das Lehramt die Einstellung verwehrt, wurden Anhörungen und Überprüfungen vorgenommen. Die Kommission "Berufsverbote" in der DGVT hat sich zur Aufgabe gemacht (s. Beschluß der MV der DGVT von 76 u. 77), Auswirkungen des Radikalerlasses im psycho-sozialen Bereich zu erfassen und zu dokumentieren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist es ein Interesse der Kommission, ein möglichst objektives Bild der möglichen Auswirkungen des Erlasses zu bekommen.

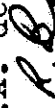
Wir wenden uns deshalb mit beiliegendem Fragebogen an Sie als Studien- und Studentenberater in der Annahme, daß mögliche Auswirkungen des Radikalerlasses in Ihrer täglichen Arbeit sichtbar werden. Bitten möchten wir Sie, beiliegenden Fragebogen auszufüllen und uns - wobei persönliche Anonymität zugesichert wird - zurückzusenden. Dies auch in dem Fall, wenn Ihnen in Ihrer persönlichen Arbeit solche "Radikalerlaß"-Folgeerscheinungen nicht vorgekommen sind. Da es sich bei dem Fragebogen um die Erhebung persönlicher Berater-Erfahrungen handelt, würden wir es begrüßen, wenn möglichst viele Mitarbeiter Ihrer Stelle den Fragebogen zurücksenden würden.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie den Fragebogen bis Ende
August 1978 an die Kommission zurücksenden würden.

Wir danken Ihnen im voraus für
Ihre Mitarbeit

Mit freundlichem Gruß

i.A. der Kommission


(Dipl. Psych.)

Betr.: Auswirkungen des "Radikalerlases"

Anschließend finden Sie Bereiche, in denen, wie wir annehmen, sich mögliche Auswirkungen des "Radikalerlases" zeigen können. Zur Erleichterung Ihrer Beantwortung haben wir Beispiel-Bereiche angegeben, die keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Wir bitten Sie um Ihre formlose Stellungnahme.

- 1) Gibt es Auswirkungen auf das Studierverhalten der Studenten:
- Übernehmen die Studenten z.B. eher eine größere Menge an Arbeit (Hausaufgaben, Referate usw.) ohne Widerspruch?
 - Spielen Fragen des Berufsverbots evt. eine Rolle bei Entscheidungen für bestimmte fachliche Spezialisierungen?
 - Wird das Hinterfragen von Studieninhalten, Seminartheorien, Aufgabenstellungen, d.h. die kritische Distanz zum Inhalt des Studienfachs evt. eingeschränkt bzw. zurückgestellt?
 - Wird mehr oder weniger freiwillig auf Gruppenarbeiten bzw. Gruppenarbeiten verzichtet?
 - Werden Prüfungsthemen, Themen für schriftliche Arbeiten, die Auswahl von Seminaren durch solche Gesichtspunkte mitbestimmt?
 - Wird die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Hintergrundfragen, Systemfragen im Rahmen des jeweiliger Faches zugunsten einer engen fachspezifischen Perspektive aufgegeben?
 -
 -
 -

2) Gibt es Auswirkungen auf Einstellung und Verhalten im Studium bzw. am Fachbereich?

- Wird in Frage gestellt, ob man sich gegen bestimmte Mißstände wehren kann oder soll ?

- Wird das Interesse für die Mitarbeit in Organen der universitären Selbstverwaltung dadurch eingeschränkt ?

- Wird eine eher fatalistische Einstellung in Fragen der studentischen Interessenvertretung bevorzugt?

-
/

-
/

-
/

3) Gibt es Auswirkungen auf die psychologisch/psychotherapeutische Arbeit?

- Wird das Vertrauensverhältnis zwischen Beratern/Therapeuten und Studenten durch die Berufsverbotsbedrohung belastet?
- Wird eine Beeinträchtigung wegen möglicher Folgen therapeutischer Maßnahmen auf Berufschancen befürchtet?
- Inwieweit wird der Beratungsstelle als einer staatlichen Einrichtung mit Mißtrauen begegnet?

-

-

-

4) Gibt es Auswirkungen auf die Arbeit der Beratungsstelle hinsichtlich Prävention und Systemanalyse?

- Ist eine Zurückhaltung seitens der Berater/Therapeuten in "proGRESSIVEN" Maßnahmen zu beobachten?
- Wieweit wirkt sich die Angst der Berater auf die Frage aus, ob sie sich gegen bürokratische Zugriffe zur Wehr setzen?
- Wird wegen der Verwaltung ein Kurs der Konfliktvermeidung bevorzugt trotz unter Umständen gegensätzlicher Interessen?
- Wie die Öffentlichkeitsarbeit eingeschränkt?
- Bestehen bei den Beratern selbst persönliche Ängste, für bestimmte Maßnahmen belangt zu werden, diszipliniert zu werden?

-

-

-

5. Gibt es Auswirkungen auf die Problematik von Klienten?

- Ist eine Verringerung von Studienmotivation in Hinblick auf eine möglicherweise eingeschränkte Berufsperspektive festzustellen?
- Bestehen Zusammenhänge mit Art oder Schwere persönlicher Probleme (Ängste vor Überwachung z.B.)?
- Gibt es Zusammenhänge mit Studienabbruch, Studienfachwechsel?

-

-

-

Statistische Angaben:

Alter:

Studienabschluß/Ausbildung:

Beratungstätigkeit im psychologisch/psychotherapeutischen Bereich ()

Beratungstätigkeit im fachspezifischen/studienorganisatorischen Bereich ()

Zahl der Kontakte/Klienten pro Jahr

Name der (auf Wunsch offenlassen)

Hochschule

Wir danken Ihnen für die Mühe !

Bitte ausgefüllt senden an:

Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie

Uhlandstr. 2

74 Tübingen